



Gemeinsam eine Willkommenskultur gestalten

Beim Fachtag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Bremen tauschten sich Verantwortliche aus Initiativen, Politik und Verwaltung darüber aus, wie sie geflüchteten Kindern und Jugendlichen Schutz und Chancen bieten können

von Christine Plaß

Weltweit fliehen immer mehr Menschen aus lebensbedrohlichen Verhältnissen: Sie erlebten Gewalt, Krieg, Perspektivlosigkeit und Verfolgung. Einige von ihnen kommen nach Deutschland, bringen ihre Kinder mit oder schicken sie sogar allein auf die gefährliche Reise. Wie können wir ihnen Schutz und Teilhabe ermöglichen? Zu diesem hochaktuellen Thema veranstaltete die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 20. April 2015 den Fachtag „Ankommen in Deutschland – Zusammenarbeit in der Kommune für geflüchtete Kinder und Jugendliche“. Wie sehr das Thema in ganz Deutschland die Menschen gerade beschäftigt, zeigte die überwältigende Resonanz: Über 300 Interessierte aus Kommunen, sozialen Einrichtungen, Politik, Stiftungen und Vereinen hatten sich angemeldet. Nicht alle erhielten eine Zusage, da die Kapazitäten in der Bremischen Bürgerschaft nur für 240 Teilnehmer ausreichten. Der perfekten Organisation merkte man nicht an, dass die DKJS den Fachtag in Blitzgeschwindigkeit innerhalb eines Monats auf die Beine stellte. Jetzt schnell handeln – auch das ist gerade die Herausforderung, vor der alle stehen.

Daniel Finger vom rbb Rundfunk Berlin-Brandenburg, der den Fachtag moderierte, erzählte von seiner persönlichen Verbindung zu Flucht und Vertreibung: „Mein Vater stammt aus einem jüdischen Städtchen in der heutigen Ukraine und musste während des Zweiten Weltkrieges mehrmals aus Lagern fliehen. Wenn er auf seiner Flucht keine Hilfe und Unterstützung erhalten hätte, hätte es mich nicht gegeben.“

„Die Jugendlichen, die hierher kommen, wollen etwas erreichen“

Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in Bremen freute sich über das überwältigende Interesse an dem Thema, das ihr Ressort gerade sehr beschäftigt: „Täglich kommen Kinder und Jugendliche aus Kriegs- und Krisengebieten an. Sie haben traumatische Erfahrungen gemacht und bedürfen des besonderen Schutzes der Jugendhilfe. Dabei stoßen wir an unsere Grenzen, weil wir auf den großen Bedarf nicht vorbereitet waren“, erklärte Stahmann. Ihre Regierung hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: In Bremen wollen die Verantwortlichen die Flüchtlinge vom ersten Tag an integrieren und nach Möglichkeit auch einen sicheren Aufenthaltsstatus geben. Man habe gelernt aus den Fehlern der Vergangenheit, in der Menschen jahrelang im Duldungsstatus verharrten. „Die Jugendlichen, die hierher kommen, wollen etwas erreichen. Wir sind gut beraten, sie dabei zu unterstützen“, ist Stahmann überzeugt. „Bei uns ist nicht alles super. Auch darüber müssen wir reden. Uns fehlen Schulplätze, wir suchen Kitaplätze, wir müssen uns dem stellen“.

Dr. Heike Schmid-Obkirchner vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) brachte Zahlen mit: 2013 über kamen über 36.000 Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern nach Deutschland und über 6000 alleine. Die Flüchtlingsströme haben sich in den letzten Jahren enorm gesteigert und werden weiter zunehmen. Einige Kommunen seien überlastet, es bestehe dringender Handlungsbedarf, die Belastungen gerechter zu verteilen, damit jeder gut versorgt werden kann. Zusammen mit den Ländern hat der Bund Eckpunkte für Verteilungsverfahren erarbeitet. Dabei ist das Kindeswohl Richtschnur für alle Aktivitäten, berichtete Schmid-Obkirchner aus ihrem Ministerium. Ziel sei es, die Flüchtlinge möglichst schnell dorthin zu bringen, wo sie auch bleiben können. Die Altersgrenze werde auf 18 angehoben. Jugendliche sollen nicht länger wie Erwachsene im

Gefördert vom



Asylverfahren behandelt werden. Die Altersgrenze für das Anrecht auf Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werde von 16 auf 18 angehoben. Jugendliche sollen nicht länger wie Erwachsene im Asylverfahren behandelt werden. Außerdem will der Gesetzesentwurf einen sicheren Aufenthaltsstatus für die Zeit der Ausbildung und bei erfolgreichem Abschluss auch über die Ausbildung hinaus ermöglichen.

Es gibt keine einfachen Antworten

Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder und Jugendstiftung, erinnerte an die Bremer Stadtmusikanten, die sich dem Märchen nach auf die Flucht begaben, weil sie sich sagten: „Etwas Besseres als den Tod finden wir überall!“ Heute stehen Bremen und andere Kommunen vor der Herausforderung, die Hoffnung auf etwas Besseres als den Tod nicht ins Leere laufen zu lassen. Einfache Antworten gibt es darauf nicht, aber die Möglichkeit, sich praktisch und Ressort übergreifend auszutauschen, so Dr. Heike Kahl. Bremen mit seinen vielen Initiativen und einer aufgeklärten Verwaltung sei ein guter Ort, um darüber ins Gespräch zu kommen, wie sich die Herausforderung aktiv gestalten lässt.

Bremen steht auch für zivilgesellschaftliches Engagement, ohne das Integration nicht denkbar ist. Wie eine Studie der Berliner Humboldt Uni zeigt, deren Ergebnisse Dr. Heike Kahl vorstellte, engagieren sich überwiegend Frauen und überdurchschnittlich gebildete Menschen für Migranten. Die meisten sind zwischen 20 und 30 Jahre alt, viele haben Migrationshintergrund und 40 Prozent tun dies abseits von Organisationen. „Dieses Engagement kann viel mehr bewegen, wenn Behörden und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und nicht in Zuständigkeiten, sondern in Verantwortungsbereichen denken“, regte Dr. Heike Kahl an.

Mariyam Beglaryan ist eine dieser jungen Frauen mit Migrationshintergrund, die sich für Flüchtlinge engagieren. Dabei ist sie selbst erst vor knapp drei Jahren nach Bremen gekommen. „Es war nicht leicht, hier anzukommen, mein erstes Gefühl war: ‚O Gott, ich kann gar nichts!‘ Mit der Zeit ging das besser und man kommt klar“, berichtete sie. Damit es andere leichter haben, verfasste sie einen Wegweiser durch die vielen Institutionen, mit denen Asylbewerberinnen und -bewerber früher oder später in Kontakt kommen. Ein kommunales Wohnungsunternehmen hat sich bereit erklärt, den Druck der Broschüre zu finanzieren. Gemeinsam mit dem Quartiersmanagement Kattenturm und dem LidiceHaus plant Mariyam Beglaryan jetzt eine Website, wo sie alle Angebote für Flüchtlinge zusammentragen möchte.

Von Anfang an begleiten

Corina Schwedemann aus Wismar macht solche Angebote. Die ausgebildete Sozialpädagogin arbeitet als Fachbereichsleiterin für Kitas bei dem Kinder- und Jugendhilfeträger „Perspektive Wismar“ und kam zum Fachtag, weil sie sich auf die Ankunft von Flüchtlingen in Wismar vorbereiten will. Dabei kommt „Perspektive Wismar“ zugute, dass sie die Sozialarbeit gerade in die Kitas integriert haben. So helfen Sozialarbeiter Familien im Umgang mit Behörden, unterstützen bei familiären Problemen und machen niedrigschwellige Angebote für einen gemeinsamen Austausch in der Kita. Schwedemann hofft, dass sich ihr Konzept auch auf die Arbeit mit Flüchtlingsfamilien übertragen lässt.

In Bremen haben sich einige soziale Einrichtungen schon sehr früh auf den Weg gemacht, ihr Angebot für Flüchtlinge auszubauen. So zum Beispiel die PiB – Pflegekinder in Bremen GmbH. Im Workshop „Grenzen und Möglichkeiten von Gastfamilienkonzepten“ berichtete Eva Rhode über ihre Erfahrungen: „Die Jugendlichen kommen nicht mit Akten unter dem Arm, das ist für uns etwas Neues gewesen. Wir müssen die richtige Familie für sie finden, obwohl wir ihre Geschichte nicht kennen.“ Für die Jugendlichen findet in ihrer neuen Familie so etwas wie eine zweite Sozialisation statt. Sie müssen erhebliche Anpassungsleistungen erbringen. Deshalb ist eine Pflegefamilie auch nicht für jeden Jugendlichen das richtige Angebot. Gerade unbegleitete Jugendliche sind oft schon sehr

Gefördert vom



selbstständig. „Wir sind ein Nischenprogramm und nicht die einzige Antwort auf die Vielzahl der Jugendlichen, die zu uns kommen. Aber wir sind eine gute Antwort für Jugendliche, die in Familie leben können und wollen“, stellte Eva Rhode klar.

Für Ernest aus Ghana war die Familie von Corinne Daum eine gute Antwort. Er war mit seiner Familie nach Lybien ausgewandert, wo sich seine Eltern eine bessere Zukunft erhofft hatten. Doch als die Unruhen begannen, verschwanden seine Eltern plötzlich, vielleicht, weil sie Christen waren. Es hat lange gedauert, bis Ernest darüber reden konnte.

Was ist den jungen Leuten wichtig, die in Deutschland ein neues Zuhause finden?

Überraschenderweise ist es etwas ganz alltägliches: Essen. Viele tun sich schwer mit der deutschen Küche, die alles „totkocht“, sie vermissen die vertrauten Gerüche. Und sie wünschen sich eine Zukunft in Deutschland, eine Chance etwas aus ihren Begabungen zu machen. Das sind auch die Stichworte, die aus dem Film „Tarek Chalabi“, hängen geblieben, in dem ein junger Syrer von seiner Flucht nach Deutschland erzählt. Er wurde von Jugendlichen im Rahmen des Programms „Think Big!“ der DKJS gedreht und für den European CIVIS Media Prize nominiert. Hier beim Fachtag erntete er großen Applaus.

Vereine und Stiftungen mit Vorbildfunktion

Christina Jose aus Eichsfeld in Nordthüringen hat das einfach gemacht. Ihr Verein „Kinder und ihre Musik“ unterstützte bereits viele Jahre Projekte in aller Welt durch Konzerte. Doch eines Tages fragte sie sich: „Warum gehen wir nicht einfach mal in den Nachbarort, wo das Asylantenheim steht und so viele Kinder wohnen?“ Sie begann Yoga mit den Kindern zu machen, Sanskritworte zu singen, lud die Flüchtlingskinder in ihre Kinderchöre ein, initiierte eine Trommelgruppe. Später band sie andere Vereine ein, baute ein Netzwerk von Sponsoren auf, holte die Schulen mit ins Boot. „Wie erklärt sie sich den Zuspruch?“, wird sie gefragt. Schließlich liest man gerade häufiger in den Nachrichten, dass couragierte Bürger in ländlichen Regionen auf erheblichen Widerstand, sogar Gewalt stoßen, wenn sie sich für Flüchtlinge einsetzen. Christina Jose sagte: „Wir sind ein gestandener Musikverein, der schon ganz viel für das kulturelle Leben im Ort und für die Kinder getan hat. Da haben die Leute gesagt: ‚Wenn die das machen, kann es so schlecht nicht sein.‘“

Aus Hamburg berichtete Johanna von Hammerstein von der Bürgerstiftung Hamburg, dass sich dort gerade 20 Stiftungen zusammengetan haben, um zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen, die Flüchtlingen helfen. Sie tun dies zum ersten Mal und aus demselben Grund, mit dem so viele Teilnehmer an diesem Fachtag ihr Engagement begründen: Weil es jetzt nötig ist, über den Tellerrand zu schauen und die Kräfte zu bündeln.

Der Druck ist immens

Dass PiB schon lange eng mit den staatlichen Institutionen für Pflegefamilien zusammenarbeitet, kommt der Arbeit mit den Flüchtlingskindern zugute. Doch das größte Dilemma hat die Gesetzgebung nach der Meinung von Eva Rhode noch nicht gelöst: Die Jugendlichen erhalten zwar den Schutz durch eine unterstützte und gut vorbereitete Pflegefamilie, aber kein dauerhaftes Bleiberecht, welches garantiert, dass die Anstrengungen, auch Früchte tragen dürfen. Unter der möglichen Abschiebung leiden auch die Pflegefamilien: Je mehr Vertrauen und Bindung sie herstellen, desto bedrohlicher wird eine mögliche Abschiebung empfunden und umso massiver sind die Ängste der Jugendlichen. „Der Druck ist immens: Nur wer sich bewährt, bekommt eine Chance. Für Jugendliche, die Dummheiten machen, wird es schnell eng“, erklärte Rhode.

Am Nachmittag plädierte Fabian Jellonek von der Initiative „Pro aktiv gegen rechts“ dafür, den Blick auf die Menschen freizubekommen, die nach Deutschland kommen. Es sei schwer, diese als Individuen wahrzunehmen, wenn sie in Blechcontainern wohnen müssten. Er regte an, alltägliche Situationen der

Gefördert vom



Begegnung zu schaffen, im Sportverein oder auf dem Spielplatz, wo Menschen sich kennen lernen und begegnen können. Ganz im Sinne von Libuse Cerna: Im Podiumsgespräch, das sich an die Workshops mit vielen Praxisbeispielen anschloss, regte die Vorsitzende des Bremer Rates für Integration an, das Potenzial der Flüchtlinge stärker zu nutzen: „Es wird nicht systematisch erfasst, was diese Menschen können und wollen, die Ressourcen werden überhaupt nicht gesehen“, mahnte sie an.

„Wie gelingt die Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft für junge Flüchtlinge?“ lautete das Thema der Podiumsdiskussion. „Die unbegleiteten Flüchtlinge sind besser vernetzt als wir“, scherzte Moderator Daniel Finger. Libuse Cerna sieht hier auf jeden Fall noch Potenzial: „Wir haben sehr viele einzelne Aktivitäten für Migranten in Bremen und man erfährt davon mehr oder weniger zufällig. Wichtig wäre eine digitale Plattform, auf der man sich informieren kann.“ Dr. Heidemarie Rose von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen aus Bremen bat um Verständnis: Der Koordinierungsbedarf sei sehr hoch, Bremen wirtschaftete permanent in einer Mangelsituation. „Sobald wir eine Anforderung geschafft haben, kommt die nächste.“ Mohammed Ahmadi von „Champions ohne Grenzen“ wünscht sich mehr ausgebildete Sozialarbeiter in den Flüchtlingsheimen und mehr ehrenamtliche Unterstützung für seine Arbeit. Sein Verein aus Berlin bietet Fußballtrainings für Kinder aus Flüchtlingsheimen an. „Wenn ich die Kinder frage: ‚Was machst Du morgen? Und am Wochenende?‘, antworten sie immer dasselbe: ‚Fußball. Fußball‘. Sie haben kein anderes Event als Fußball“, hat Mohammed erfahren und appellierte an alle: „Wir benötigen dringend junge Leute, die Training machen!“. Jörg Freese vom Deutschen Landkreistag beschrieb die aktuelle Herausforderung für Kommunen so: „Wir haben ein gutes System auch für unbegleitete Flüchtlinge, aber jetzt werden wir von den Zahlen überfordert. Die Belastung ist ungleich verteilt, sie ballt sich in einigen Großstädten und einzelnen Landkreisen und Gemeinden mit einer besonderen Verkehrsanbindung.“ Er fordert eine breitere Verteilung, weiß allerdings auch, dass diese zur Folge haben wird, dass Kommunen in Zukunft Aufgaben schultern müssen, mit denen sie noch keine Erfahrung haben. Unterstützen will sie dabei die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Judith Strohm von der DKJS erklärte, wie: „Die DKJS arbeitet entlang der Bildungskette. Wir vernetzen Menschen, die erste Antworten gefunden haben mit denen, die nach neuen Ansätzen suchen. Wir ermöglichen Formate, in denen sich Praktiker austauschen können, wo sie Bestätigung und neue Anregungen erfahren.“

So zum Beispiel im neuen Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“. Künftig können Mitarbeitende aus den Kommunen in sechs regionalen Servicebüros konkrete Angebote erhalten, die sie vor allem bei der Etablierung lokaler Bündnisse aus Behörden, Vereinen sowie Bildungs- und Flüchtlingseinrichtungen vor Ort unterstützen. Mehr Informationen unter www.dkjs.de/themen/junge-fluechtlinge/

Gefördert vom